



FA Datenschutzportal

DSP Info-Brief

Nr. 51 / Oktober 2017

Herausgeber

Führungs-Akademie des DOSB

Kontakt FA

Führungs-Akademie des DOSB

Willy-Brandt-Platz 2 / 50679 Köln

Tel. 0221 – 221 275 94 /// Fax: 0221 – 221 220 13

www.fuehrungs-akademie.de

niewerth@fuehrungs-akademie.de

Technische Umsetzung

Führungs-Akademie des DOSB

Redaktion

Toni Niewerth / Robert Graf

Kontakt SVBG

Sachverständigenbürogemeinschaft Mülöt:Graf

Westfalenweg 2

33449 Langenberg

www.muelot.de/

d.muelot@muelot-Graf.de

Copyright

© 2016 by SVBG MÜLOT:GRAF

INHALT

DATENSCHUTZPORTAL INTERN

1	Masterplan Datenschutz zur Umstellung auf die EU Datenschutzgrundverordnung [EU DSGVO] für Vereine und Verbände	4
2	Die Themen im Live-Chat vom 27.10.2017	6
2.1.	Videoüberwachung in der Turnhalle	6
2.2	Gibt es konkrete Checklisten zur Umsetzung der DSGVO im Verein	7

IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ

3	Literatur zum Datenschutz	8
---	---------------------------------	---

AKTUELLE URTEILE

4	Kein Anspruch auf Löschung von personenbezogen gespeicherten Daten	12
5	Verstoß gegen das Bundesdatenschutzgesetz: AG München verhängt Geldbuße wegen Videokameras im Fahrzeug	12
6	Bei mehreren Anschlussinhabern ist Telefonwerbung nur gegenüber dem Werbeanruf einwilligendem Anschlussinhaber zulässig	13
7	Zu eigen machen eines Beitrags durch Teilen des Beitrags im sozialen Netzwerk mit positiver Bewertung	14
8	Urheberrechtsverletzung durch Weiterleitung von Pay-TV-Sendungen mittels Live-Streamings	15



DATENSCHUTZPORTAL INTERN

1 Masterplan Datenschutz zur Umstellung auf die EU Datenschutzgrundverordnung [EU DSGVO] für Vereine und Verbände

Wer im Netz nach Informationen zur Anpassung des aktuell geltenden Datenschutzrechts an die ab 25. Mai 2018 angewendete EU DSGVO sucht, wird schnell fündig. Neben Informationen der Bundes- und Landesdatenschutzbehörden, öffentlicher und privater Datenschutz-Vereinigungen gibt es eine Vielzahl an Kommentaren und Hinweisen von Anwaltspraxen sowie tatsächlichen oder vorgeblichen Datenschutzexperten und -expertinnen.

So notwendig und nützlich viele dieser Informationen sind, sie ersetzen nicht das, was sich viele Vereine und Verbände wünschen: konkrete Hinweise, wie sie vorgehen können, um konkret zu ermitteln, welche Aufgaben durch die neuen gesetzlichen Regelungen im eigenen Verein / Verband anstehen. Denn erst auf Basis der Analyse der im eigenen Verein / Verband bereits vorhandenen und angewendeten datenschutzrechtlichen Anforderungen – lassen sich die notwendigen Anpassungsmaßnahmen ableiten.

Für die Mitglieder des Datenschutzportals können wir jetzt einen von Herrn Mülöt und seinem Sachverständigenbüro erstellten Masterplan zur Verfügung stellen, anhand dessen der konkrete Bedarf ermittelt und die notwendigen Maßnahmen abgeleitet werden können.

Masterplan Datenschutz Umstellung auf DSGVO für Vereine und Verbände					 SACHVERSTÄNDIGENBÜRO MÜLOT				 DSB FÜHRUNGS- AKADEMIE		◆ 2017 by Sachverständigenbüro Mülöt	
Lfd.Nr.:	Priorität	Status (nicht begonnen, begonnen, beendet)	Kapitel DSGVO Art.	Erwägungsgrund	BDSG	Titel	Gesetzliche Anforderung	Kopplung mit anderen Systemen (CIRS, ISO 27001, QM, RM)	Kontrolle durch DSB (Kontrollkatalog)	Zuständig	Maßnahme	
A) Information der GF, der AL und aller MA												
1	1	nicht begonnen	00	00	00	Information der GF durch DSB und GF an AL	Gem. Art 39 (1) a ist der DSB verpflichtet, die Verantwortlichen hinsichtlich ihrer Pflichten zu unterrichten und zu beraten. Insbesondere in der Umstellungsphase bis Mai 2018 besteht daher ein erhöhter Schulungsbedarf.			Geschäftsführung / Vorstand	Information der Geschäftsführung über die neuen Anforderungen. Zunächst nur als Übersicht und dann sukzessive im Verlauf der Umstellung auf die DS-GVO detaillierter.	
2	1	nicht begonnen				Auftrag durch Geschäftsführung / Vorstand				Geschäftsführung / Vorstand	Veranlassen Sie bitte das Anlegen eines Ordner "Datenschutz" im unternehmensinternen Intranet.	
3	1	nicht begonnen				Entscheidung Geschäftsführung / Vorstand				Geschäftsführung / Vorstand / AL	Entscheidung der GF / des Vorstandes zur Umsetzung dieses Masterplans. Entscheiden Sie über die Zuweisung von Maßnahmenpaketen (Auswahl im Feld "Zuständig"). Geben Sie - evtl. nach Rücksprache mit den Abteilungsleitungen - die Zeittaktung vor, bis wann Sie die einzelnen Maßnahmen erledigt haben möchten.	
4	1	nicht begonnen	.1.	.1.	.1.	Abstimmung mit den PR und BR	Bestimmte Änderungen in der Organisation und den Prozessen sind mitbestimmungspflichtig oder informationspflichtig.			Personalabteilung	Für alle Maßnahmen und auch bereits für die Änderung der Verantwortlichkeiten klären, ob die Beschäftigtenvertretungen einbezogen werden müssen! Falls ja, mit AL-Personalabteilung das Procedere klären	
5	1	nicht begonnen	00	00	00	Information der AL				Geschäftsführung / Vorstand / DSB	Informieren Sie die AL über die neuen Herausforderungen und die von der GF zuvor beschlossene Vorgehensweise Basis-Infos über das neue Recht und die Umstellung darauf (Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Zeitplan, ...) Hinweis darauf, dass die AL sich von den DSB unterstützen lassen sollten. Passen Sie den beigefügten Info-Brief auf Ihre Entscheidungen an und senden Sie diesen (als Mail) an alle AL.	

Der Masterplan umfasst das gesamte Spektrum der notwendigen Maßnahmen und enthält insgesamt 120 Positionen, mit denen die Umsetzung der DSGVO strukturiert und zielgerichtet in Angriff genommen werden kann:

- A) Information der GF, der AL und aller MA
- B) Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten
- C) Auftragsverarbeitung
- D) Einwilligungserklärungen
- E) Technische und organisatorischen Maßnahmen (TOM's)
- F) Informationspflicht bei Datenerhebung
- G) Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten
- H) Datenschutz-Folgenabschätzung – DSFA
- I) Betroffenenrechte
- J) Meldeverfahren
- K) Datenschutzkonzept und Datenschutzorganisation
- L) Benennung eines DSB – Funktionsbeschreibung
- M) Allgemeine ToDo's

Die Excel-Tabelle ermöglicht damit eine genaue Differenzierung des Umfangs und der Verantwortlichkeiten der Maßnahme, gibt Hinweise zur Priorität, nennt die gesetzlichen Grundlagen nach DSGVO und BDSG und ermöglicht Einträge zum zeitlichen Ablauf der Maßnahmen.

	L	M	N	O	P	Q	R	S
2	Maßnahme	Verantwortlich	Maßnahme ist dezentral oder zentral durchzuführen	Maßnahme ist einmalig bei der Umstellung oder zukünftig regelmäßig durchzuführen	Termin beginn	Termin Ende	Dokumente (VA/DA inkl. Aufzeichnungen)	Anmerkungen
3								
4	Information der Geschäftsführung über die neuen Anforderungen. Zunächst nur als Übersicht und dann sukzessive im Verlauf der Umstellung auf die DS-GVO detaillierter.	DSB	zentral	einmalig	16.10.2017	15.11.2017		Zusendung der notwendigen Unterlagen und Infobrief an GF - Vorstand durch DSB.
5	Veranlassen Sie bitte das Anlegen eines Ordner "Datenschutz" im unternehmensinternen Intranet.	Geschäftsführung / Vorstand	zentral	einmalig	16.11.2017	15.12.2017		
6	Entscheidung der GF / des Vorstandes zur Umsetzung dieses Masterplans. Entscheiden Sie über die Zuweisung von Maßnahmenpaketen (Auswahl im Feld "Zuständig"). Geben Sie - evtl. nach Rücksprache mit den Abteilungsleitungen - die Zeittaktung vor, bis wann Sie die einzelnen Maßnahmen erledigt haben möchten.	Geschäftsführung / Vorstand	zentral	einmalig	16.10.2017	15.11.2017		Nutzen Sie für die Zeittaktung die eingefügten Excelfelder
7	Für alle Maßnahmen und auch bereits für die Änderung der Verantwortlichkeiten klären, ob die Beschäftigtenvertretungen einbezogen werden müssen! Falls ja, mit AL-Personalabteilung das Procedere klären	Geschäftsführung / Vorstand / BR / PR	zentral	einmalig	01.11.2017	15.11.2017		Trifft nur zu, wenn BR / PR vorhanden sind. Einigung und Freigabe Maßnahmenkatalog
8								

Den Masterplan erhalten Sie als Anlage zu diesem Info-Brief. Ergänzend dazu wird in den nächsten Tagen ins Portal abgelegt.

2 Die Themen im Live-Chat vom 27.10.17

2.1 Videoüberwachung in der Turnhalle

Ich habe eine Veranstaltung der Sportjugend in einer Sporthalle besucht. Beim Betreten der Sporthalle habe ich festgestellt, dass dort eine Videokamera installiert ist. Einen Hinweis auf die Überwachung der Sporthalle habe ich nicht gefunden, was ja nicht zulässig ist. Weder war der Vorstand des Landesverbandes der Sportjugend informiert noch waren die Teilnehmer der Veranstaltung im Vorfeld der Veranstaltung auf die Überwachungskameras hingewiesen worden.

Ich sehe eine solche Überwachung auch als sehr problematisch an. Es kann z. B. sein, wenn sich ein Sportler verletzt, dass ein anderer Sportler auf Grund der Überwachung feststellt, dass der Sportler die Verletzung absichtlich getan hat. Auch kann es beim Training passieren, dass das T-Shirt eines Mädchen beim Handstand herunterrutscht und man das auf der Aufnahme auch genau sehen kann.

Meine Fragen:

Ist eine generelle – dauerhaft laufende – Überwachung überhaupt zulässig?

Wenn nicht dauerhaft aufgezeichnet wird, sondern nur zu bestimmten Anlässen, muss man dann nicht den Besucher in irgendeiner Weise darüber informieren, ob gerade aufgezeichnet wird oder nicht (z.B. Hinweisschild: Kamera ist nur in Funktion, wenn grüne Kontrollleuchte blinkt).

Braucht man von jedem Sportler / jeder Sportlerin eine schriftliche Bestätigung, dass sie der Videoaufzeichnung zustimmen?

AW R. Graf

Sie haben recht eine Videoüberwachung ohne Information ist für den Betreiber sehr gefährlich, da er sich hier einem Bußgeld durch die Aufsichtsbehörden aussetzt.

Entscheidend für die Ihre Fragen ist hier der Zweck und die Rechtsgrundlage der Überwachung! Ich denke der Betreiber hat sich in diesem Falle keine datenschutzrechtlichen Fragen gestellt. Aufgrund der von Ihnen geschilderten Situation, könnte man auch vermuten, dass der Betreiber – wenn überhaupt – nur über geringe Kenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen des Datenschutzes hat.

Als Zweck dürfte man üblicherweise eine Abwehr von Straftaten (Einbrüche, Diebstähle) erwarten, dann sollte sich aber die Überwachung auf die Zugänge zur Sporthalle begrenzen. Für eine Aufzeichnung der Sportveranstaltungen wäre in diesem Fall kein Zweck vorhanden, eine generelle, dauerhaft laufende Überwachung ist dann nicht zulässig.

Und ja, Sie haben vollkommen Recht, der Betreiber der Videoanlage muss auf die Videoaufzeichnung hinweisen. Aber auch das erlaubt nicht die Aufzeichnungen von Sportveranstaltungen ohne Rechtsgrundlage.

Voraussetzung ist weiterhin, dass die Videoüberwachung des Betreibers als Verfahren in seinem Verfahrensverzeichnis beschrieben sein muss. Hier muss dann auch auf die

Rechtsgrundlagen eingegangen werden. Darüber hinaus muss er die Videokameras dokumentieren und festlegen, welche Bereiche überwacht werden.

Wie Sie vielleicht wissen, dürfen personenbezogene Daten nur unter zwei Bedingungen verarbeitet werden: entweder liegt eine Rechtsgrundlage vor oder eine Einwilligung des Betroffenen.

An dieser Stelle vielleicht noch ein Verweis auf die aktuelle Veröffentlichung des Berufsverbandes der Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD). In dieser finden Sie einen Artikel des Landesdatenschutzbeauftragten Baden-Württembergs zur Videoüberwachung im Rahmen der Datenschutz Grundverordnung [[LINK zum Beitrag](#)]

2.2 Gibt es konkrete Checklisten zur Umsetzung der DSGVO im Verein

Ich habe mich inzwischen in den verschiedensten Portalen zur neuen DSGVO umgesehen. Es ist nirgendwo eine einigermaßen leichte Beschreibung in Form z. B. einer "Checkliste" zur Umsetzung unserer bisherigen DSVO zu finden.

Interessant ist die Tatsache, dass alle Anbieter in vielen Worten die neue Grundordnung beschreiben, aber kein Anbieter liefert eine brauchbare Anleitung für einen Verein, was zu tun ist.

Gibt es eine solche Checkliste oder Übersicht in absehbarer Zeit im Portal?

AW R. Graf

Im letzten Info-Brief wird auf einen Fragebogen des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht (BayLDA) verwiesen, den man sehr gut als Checkliste für die DS-GVO benutzen kann. Dieser Fragebogen kann auch sehr gut in Vereinen und Verbänden eingesetzt werden. [[LINK zum Fragebogen](#)]

Keine Checkliste, aber einen gut strukturierten Blick auf die EU DSGVO finden Sie auf der Seite von intersoft consulting [[LINK](#)].

Ergänzender Hinweis: Interessante Links zu aktuellen Themen des Datenschutzes

Vor dem Hintergrund der aktuellen Fragen zum Datenschutz nicht nur, aber auch im Rahmen der kommenden Umstellung auf die DSGVO möchte ich hiermit auf einige interessante und Websites hinweisen. Auch hier möchten wir Sie herzlich einladen, uns und (damit) die Mitglieder des Datenschutzportals auf Websites aufmerksam zu machen, bei denen Sie zu speziellen Fragen gute und praktikabel anzuwendende Informationen gefunden haben.

- In den aktuellen BvD News finden Sie, wie oben gerade genannt, u.a. Ausführungen zur Videoüberwachung des LDSB BaWü [[LINK](#)]
- Informationen bei der Bitkom [[LINK](#)]
- Erläuternde Ausführungen zur Frage von Einwilligungen (sowohl unter aktuellen wie unter zukünftigen Bedingungen) [[LINK](#)]
- Zur Frage von Einwilligungen speziell bei Fotos und Videos [[LINK](#)]
- Neues zur Frage des Kopierens von Personalausweisen [[LINK](#)]

Bitte beachten Sie auch die Literaturhinweise in diesem Info-Brief (In der Diskussion...)

IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ**3 Literatur zum Datenschutz**

Vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz – der EU Datenschutzgrundverordnung (EU DSGVO) und dem vom Bundestag beschlossenen neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG NEU) sind in diesem Jahr 2017 eine Reihe neuer Publikationen zum Datenschutz veröffentlicht worden.

Wir möchten Ihnen in dieser und der nächsten Ausgabe des Info-Briefes einen Überblick verschaffen und Ihnen diese vorstellen. Berücksichtigt werden dabei in der Regel nur Publikationen, die 2017 neu oder in inhaltlich überarbeiteter und aktualisierter Form erschienen sind.

Sollten Sie nützliche Neuerscheinungen, ob in Buchform oder in Form informativer Artikel in Fachzeitschriften oder Aufsätzen in Sammelbänden kennen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns (und damit nachfolgend auch allen Mitgliedern des Datenschutzportals) diese Information übermitteln würde. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für kommentierende Infos zu den vorgestellten Publikationen, sollten Sie mit dem einen oder anderen Buch bereits gearbeitet haben. Infos bitte an niewerth@fuehrungs-akademie.de.

1 Schantz, Dr. Peter/ Wolff, Prof. Dr. Heinrich Amadeus:

Das neue Datenschutzrecht: Datenschutzgrundverordnung und Bundesdatenschutzgesetz in der Praxis.

437 Seiten; ISBN 978-3-406-69649-7; 1. Auflage, München : Verlag C. H. Beck oHG, 2017; € 59,00.

Mit dem neuen Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vom 30. Juni 2017 wurde nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie der europäischen Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Strafjustiz (JI-RL) vom April 2016 nun auch die größte nationale Datenschutzrechtsreform der letzten Jahrzehnte auf den Weg gebracht. Zwei umfangreiche und komplexe Regelungswerke – die DS-GVO mit 99 Artikeln und 173 Erwägungsgründen sowie das novellierte BDSG mit 85 Paragraphen – geben zukünftig den Rechtsrahmen für private, unternehmerische und öffentliche Datenverarbeitungen vor.

Der neue Praxisleitfaden stellt die Grundzüge des neuen Rechts eingängig und leicht verständlich dar. Ausgehend von allgemeinen datenschutzrechtlichen Prinzipien werden insbesondere die Neuregelungen durch die Datenschutz-Grundverordnung und das novellierte Bundesdatenschutzgesetz ausführlich behandelt. Dabei werden auch die praktischen Auswirkungen wichtiger Leitentscheidungen des EuGH und des BVerfG erörtert. [[LINK zum Inhaltsübersicht und zur Verlagsseite](#)]



2 Gola, Peter:

Datenschutz-Grundverordnung: VO (EU) 2016/679 – Kommentar.

835 Seiten; ISBN 978-3-406-69543-8; 1. Auflage, München : Verlag C. H. Beck oHG, 2017; € 79,00.

Der neue Kommentar bietet einen ebenso kompakten wie praxisgerechten Überblick über die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Diese wurde im April 2016 beschlossen und ersetzt ab 25. Mai 2018 das bisher maßgebende Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Damit wird der Datenschutz für die Bürger sowie Wirtschaft und Verwaltung in der EU einheitlich gestaltet. Der neue Band bietet:

- klare Systematik
- Konzentration auf das Wesentliche
- Vergleiche BDSG/DS-GVO
- bewährte Art der BDSG-Kommentierung von Praktikern des Datenschutzes.

[Link zum [Inhaltsverzeichnis](#) / zur [Verlagsseite](#)]

3 Ehmann, Dr. Eugen / Selmayr, Prof. Dr. Martin:

Datenschutz-Grundverordnung: DS-GVO.

1243 Seiten; ISBN 978-3-406-70215-0; 1. Auflage, München: Verlag C. H. Beck oHG, 2017; € 139,00.

Die neue Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) führt erstmals unmittelbar geltendes europäisches Datenschutzrecht für Unternehmen, Privatpersonen und die öffentliche Verwaltung ein. Bei Nicht-Beachtung drohen Unternehmen, aber auch Vorständen und dem sonstigen Management erhebliche finanzielle Risiken und Bußgelder von bis zu 20 Mio EUR oder 4 % des globalen Konzernumsatzes des Unternehmens. Dies zwingt zu einer weit-gehenden Neuausrichtung der bisherigen Datenschutzkonzepte und zu einem grundlegenden rechtlichen Umdenken. Neu geregelt werden u.a.

- Recht auf Löschung (»Vergessenwerden«)
- Geldbußen
- Verbandsklagen
- Umgang mit Datenpannen
- Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- Gestärkte Befugnisse der unabhängigen Aufsichtsbehörden
- Auftragsverarbeitung und Sicherheit der Verarbeitung
- Datenübermittlungen in Drittstaaten.



Der aktuelle Kommentar erläutert die DS-GVO aus europäischer Sicht und besonders praxisorientiert. Das Werk zeichnet sich durch eine klare Systematik aus und bietet eine wissenschaftliche Vertiefung an den entscheidenden Stellen. [[LINK zur Verlagsseite](#)]

4 Däubler, Prof. Dr. Wolfgang: Gläserne Belegschaften

Das Handbuch zum Beschäftigtendatenschutz.

678 Seiten; ISBN 978-3-7663-6620-7; 7. Auflage, Frankfurt: Bund Verlag, 2017; € 59,90.

Darf der Chef die E-Mails der Mitarbeiter lesen? Darf er Videokameras installieren? Dürfen Arbeitnehmerdaten irgendwo in der Cloud gespeichert werden? Wie verhalten sich Datenschutz und Compliance zueinander?

Diese und andere Praxisfragen werden sich in Kürze nicht mehr nach dem gewohnten BDSG beantworten. Maßgebend ist stattdessen die EU-Datenschutz-Grundverordnung, die dem deutschen Recht vorgeht und die viele ungewohnte Regeln bringt. Glücklicherweise enthält sie auch eine Reihe von Öffnungsklauseln zugunsten des nationalen Gesetzgebers. Von ihnen macht das neue BDSG Gebrauch, das noch rechtzeitig vor den Wahlen verabschiedet wurde.



Die „Gläsernen Belegschaften“ erläutern das neue Recht umfassend und in einer Weise, die auch für den Nicht-Spezialisten nachvollziehbar ist. Das Buch gehört zu den ersten, die das neue BDSG einbeziehen. Insbesondere in § 26 enthält dieses eine Reihe von Vorschriften zum Beschäftigtendatenschutz, die für die Praxis von zentraler Bedeutung sein werden.

Die wichtigsten Themen:

- Geänderte Voraussetzungen für eine wirksame Einwilligung
- Das neue Transparenzprinzip: Wie weit geht die umfassende Dokumentationspflicht des Arbeitgebers?
- Was verlangt die Datenschutz-Folgenabschätzung, die nunmehr häufig vorgeschrieben ist?
- Unter welchen Voraussetzungen können Daten in die USA übermittelt werden?
- Verstöße gegen Datenschutzrecht unterliegen viel schärferen Sanktionen als bisher. Auch ohne Verschulden im landläufigen Sinn haftet der Arbeitgeber für immaterielle Schäden. Kann der Betroffene bei unerlaubter Videoüberwachung in Zukunft 20.000 oder gar 50.000 Euro Schadensersatz verlangen?
- Was ist in Zukunft beim Abschluss von Betriebsvereinbarungen zu beachten? Wie müssen bestehende Regelungen an das neue Recht angepasst werden?

[[LINK zum Verlag](#)]

Hammann, Dirk / Schmitz, Dr. Karl / Apitzsch, Wolfgang

Überwachung und Arbeitnehmerdatenschutz: Handlungshilfe für Betriebsräte.

142 Seiten; ISBN 978-3-7663-6661-0; 3. Auflage, Frankfurt: Bund Verlag, 2017; € 14,90.

Die Autoren werfen einen Blick auf die wichtigsten Softwaresysteme im betrieblichen Umfeld und erläutern Überwachungsrisiken und Datenschutzprobleme. Die Spannweite reicht von Personal- und Betriebsdatensystemen über Videoüberwachungssysteme und Kommunikationssysteme bis hin zu Social-Media-Anwendungen.

Die Autoren geben einen kenntnisreichen Überblick über die wichtigsten, im betrieblichen Umfeld eingesetzten Softwaresysteme. Sie hinterfragen deren Einsatzzwecke, erläutern Überwachungsrisiken und Datenschutzprobleme.

Die Spannweite der betrachteten Systeme reicht dabei von Personaldaten- und Betriebsdatensystemen über Kommunikationssysteme (Internet, E-Mail, Telefon) bis hin zu neuen Web-2.0-Anwendungen, Videoüberwachungssystemen und den undurchsichtigen Softwareprogrammen zur Netzwerküberwachung.

Erprobte Regelungsideen aus der täglichen Beratungspraxis der Autoren runden die Beiträge ab und helfen Betriebs- und Personalräten, ihre Mitbestimmungsrechte im Systemdschungel wahrzunehmen. [[LINK zur Verlagsseite](#)]



Synopsen EU DSGVO und BDSG

Im Netz werden – sowohl von Rechtsanwaltskanzleien als auch von Vereinigungen und Datenschutzexperten – eine Reihe von vergleichenden Gegenüberstellungen der Regelungen des aktuell noch gültigen Bundesdatenschutzgesetzes und der EU Datenschutzgrundverordnung [EU DSGVO] zum kostenlosen Download angeboten. Sie unterscheiden sich in Umfang, Systematik und Aufmachung bieten aber jede auf ihre Weise einen Überblick über die Veränderungen.



Wer unter dem Stichwort „Synopse BDSG DSGVO“ im Netz sucht, wird hier sicher auch eine passende für sich finden. Zur ersten Orientierung haben wir nachfolgend einige Angebote hier verlinkt.

- Oppenhoff & Partner Rechtsanwälte Steuerberater, Köln [[LINK](#)]
- Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e. V., Bonn [[LINK](#)]
- Datenschutzwissen.de hrsg. v. Dipl. Inform. Werner Hülsmann, Ismaning
Synopse wird sowohl als [kostenloses ebook](#) als auch [in Buchform](#) für € 19,80 angeboten
- Felix Sobala, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht an der Universität Passau. Datenschutz-Berater, DSB 10/15 [[LINK](#)]

AKTUELLE URTEILE

4 Kein Anspruch auf Löschung von personenbezogen gespeicherten Daten

Klage gegen Verfassungsschutz erfolglos

Quelle: Verwaltungsgericht Kassel, Urteil vom 19.09.2017; AZ: 4 K 641/13.KS

Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin, 16.10.2017 Dok.-Nr.: 24977

Worum geht es?

Die Klage auf Löschung von gespeicherten Daten gegen das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz war erfolglos. Die Klage war teilweise unzulässig und teilweise unbegründet. Dies hat das Verwaltungsgericht Kassel entschieden.

Im vorliegenden Fall begehrte die Klägerin die Löschung personenbezogener Daten. Die Behandlung eines Löschungsbegehrens richte sich nach den einschlägigen Vorschriften des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG). Gem. § 19 Abs. 3 HDSG seien personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sobald feststehe, dass ihre Speicherung nicht mehr erforderlich sei, um die Zwecke zu erfüllen, für die sie erhoben worden seien oder für die sie nach § 13 Abs. 2 und 4 dieses Gesetzes weiterverarbeitet werden dürften. Nach § 19 Abs. 4 HDSG seien personenbezogene Daten zu löschen, wenn ihre Verarbeitung unzulässig sei. Die (weitere) Verarbeitung personenbezogener Daten sei unzulässig, wenn sie nicht durch eine Rechtsvorschrift erlaubt oder angeordnet sei.

Erfassen und Speichern personenbezogener Daten nicht uneingeschränkt möglich

Die entsprechende Befugnis des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz ergebe sich aus § 2 Verfassungsschutzgesetz (VerfSchG), wonach es dessen Aufgabe sei, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben beobachte das Landesamt für Verfassungsschutz verfassungsfeindliche Bestrebungen und sammle zu diesem Zweck Informationen und werte sie aus. Das dem Landesamt für Verfassungsschutz eingeräumte Recht, personenbezogene Daten über Bestrebungen und Tätigkeiten in seinen Datenregistern zu erfassen und zu speichern, bestehe indes nicht uneingeschränkt. Erforderlich sei vielmehr, dass im Einzelfall objektive Anhaltspunkte vorlägen, die mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf die Entfaltung verfassungsfeindlicher Aktivitäten durch den Betroffenen hindeuteten. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

5 Verstoß gegen das Bundesdatenschutzgesetz: AG München verhängt Geldbuße wegen Videokameras im Fahrzeug

Permanentes anlassloses Filmen geparkter Fahrzeuge verletzt Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Quelle: Amtsgericht München, Urteil vom 09.08.2017; 1112 OWi 300 Js 121012/17

Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 06.10.17; Dok.-Nr.: 24943

Das Amtsgericht München hat eine Fahrzeuginhaberin, die ihr Auto vorne und hinten mit Videokameras ausgestattet hatte wegen vorsätzlicher unbefugter Erhebung und Verarbeitung und Bereithaltung von personenbezogenen Daten, die nicht allgemein zugänglich

sind, zu einer Geldbuße von 150 Euro verurteilt. Das Amtsgericht München beurteilte ihr Verhalten als vorsätzliche Ordnungswidrigkeit. Nach Auffassung des Gerichtes überwiege hier im vorliegenden Fall das Recht der gefilmten Personen auf informationelle Selbstbestimmung. Das Interesse der Betroffenen an der Aufdeckung von einer potentiellen Straftat müsse hierbei zurückstehen. Das permanente anlasslose Filmen des vor und hinter dem geparkten Fahrzeug befindlichen Straßenraums verletze das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und stellt einen schwerwiegenden Eingriff in dieses Recht dar.

[[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

6 Bei mehreren Anschlussinhabern ist Telefonwerbung nur gegenüber dem Werbeanruf einwilligendem Anschlussinhaber zulässig

Werbegespräch mit nicht eingewilligtem Anschlussinhaber begründet Wettbewerbsverstoß

Quelle: Landgericht Karlsruhe, Urteil vom 17.11.2016; AZ: 15 O 75/16 KfH

Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 16.10.17; Dok.-Nr.: 24997

Worum geht es?

Bei mehreren Anschlussinhabern ist eine Telefonwerbung nur mit dem Anschlussinhaber zulässig, der in einem Werbeanruf eingewilligt hat. Ein Werbegespräch mit einem nicht eingewilligten Anschlussinhaber ist dagegen gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) unzulässig und begründet einen Wettbewerbsverstoß. Dies hat das Landgericht Karlsruhe entschieden.

Dem Fall lag folgender Sachverhalt zugrunde: Im August 2016 erhielt ein Stromkunde einen Anruf von einem konkurrierenden Stromanbieter. Obwohl der Stromkunde nicht seine Einwilligung zu einem Werbeanruf erteilt hatte, führte der Callcenter-Mitarbeiter mit ihm ein Werbegespräch durch. Der Stromkunde informierte seinen Stromanbieter von dem Werbeanruf, der daraufhin gegenüber dem Konkurrenten eine Abmahnung aussprach und schließlich Klage auf Unterlassung erhob. Der Konkurrent wehrte sich gegen die Klage mit dem Hinweis, dass eine andere Person im Haushalt des Angerufenen in dem Werbeanruf eingewilligt habe.

Anspruch auf Unterlassung aufgrund Wettbewerbsverstoßes

Das Landgericht Karlsruhe entschied zu Gunsten des klagenden Stromanbieters. Diesem stehe ein Anspruch auf Unterlassung gemäß § 8 Abs. 1 UWG zu, da der beklagte Konkurrent aufgrund des Werbeanrufs einen Wettbewerbsverstoß begangen habe.

Unzulässige Telefonwerbung wegen fehlender Einwilligung

Nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG liege eine unzumutbare und damit unzulässige Belästigung bei Werbung mit einem Telefonanruf gegenüber einem Verbraucher ohne dessen vorherige ausdrückliche Einwilligung vor, so das Landgericht. Der Angerufene habe eine Einwilligung nie erteilt. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

7 Zu eigen machen eines Beitrags durch Teilen des Beitrags im sozialen Netzwerk mit positiver Bewertung

Bewertung spricht für inhaltliche Auseinandersetzung mit Beitrag

Quelle: OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 22.08.2017; AZ: 11 U 71/16
Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 16.10.17; Dok.-Nr.: 25038

Worum geht es?

Teilt der Nutzer eines sozialen Netzwerks einen Beitrag und verbindet dies mit einer positiven Bewertung, so spricht dies für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Beitrag und somit für ein zu eigen machen des Beitrags. Dies geht aus einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden hervor.

In dem zugrunde liegenden Fall wurde ein Verlag aufgrund eines Artikels auf Unterlassung verklagt. Hintergrund dessen war, dass sich der Artikel unter anderem damit befusste, dass sich der Kläger einen Beitrag eines Schriftstellers zu eigen gemacht haben soll. Der Beitrag des Schriftstellers hatte einen Vergleich zwischen Adolf Hitler und Angela Merkel zum Inhalt. Der Kläger hatte diesen Beitrag zusammen mit dem Hinweis "zu erwägenswert, um ihn zu unterschlagen" in einem sozialen Netzwerk geteilt. Das Landgericht Dresden gab der Unterlassungsklage statt. Dagegen richtete sich die Berufung des beklagten Verlags.

Kein Anspruch auf Unterlassung

Das Oberlandesgericht Dresden entschied zu Gunsten des Verlags und hob daher die Entscheidung des Oberlandesgerichts zurück. Dem Kläger stehe kein Anspruch auf Unterlassung wegen der Verletzung seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu, da die Behauptung in dem Artikel, der Kläger habe sich den Beitrag des Schriftstellers zu eigen gemacht, wahr sei. [[LINK zum vollständigen Artike](#)]

8 Urheberrechtsverletzung durch Weiterleitung von Pay-TV-Sendungen mittels Live-Streamings

Pay-TV-Anbieterin steht Schadensersatzanspruch in Höhe des Gewinns des Rechtsverletzers zu

Quelle: Landgericht Hamburg, Urteil vom 23.02.2017; AZ: 310 O 221/14
Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 04.09.17; Dok.-Nr.: 24795

Worum geht es?

Werden Pay-TV-Sendungen mittels Live-Streamings auf einer Internetseite weitergeleitet, so liegt eine Urheberrechtsverletzung vor. Der Betreiber der Internetseite haftet der Pay-TV-Anbieterin in Höhe seines Reingewinns auf Schadensersatz. Dies hat das Landgericht Hamburg entschieden.

Dem Fall lag folgender Sachverhalt zugrunde: Auf einer Internetseite waren Sendungen einer Pay-TV-Anbieterin als Live-Stream verfügbar. Dabei handelte es sich insbesondere

um Fußball-Bundesligaspiele und Spielfilme. Das Sendesignal der Pay-TV-Anbieterin wurde im Weg des Live-Streamings auf die Internetseite weiterübertragen. Da der Streaming-Empfang für die Nutzer kostenpflichtig war, erwirtschafteten die Betreiber der Internetseite einen Reingewinn von 18.580 EUR. Diesen Gewinn verlangte die Pay-TV-Anbieterin im Wege der Klage von den beiden Betreibern der Internetseite als Schadensersatz.

Anspruch auf Schadensersatz in Höhe des Gewinns

Das Landgericht Hamburg entschied zu Gunsten der Klägerin. Ihr stehe gemäß § 97 Abs. 2 des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) ein Schadensersatzanspruch in Höhe des Reingewinns, also 18.580 EUR, zu. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]

4 YouTube und Google müssen bei Urheberrechtsverstoß E-Mail-Adresse ihrer Nutzer herausgeben

Gericht verneint Auskunftsanspruch für Telefonnummern und IP-Adressen

Quelle: Oberlandesgericht Dresden, Urteil vom 07.02.2017; AZ: 4 U 1419/1
Fundort: www.kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 16.10.17; Dok.-Nr.: 25038

Worum geht es?

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (OLG) hat YouTube und Google verpflichtet, die E-Mail-Adresse ihrer Nutzer im Fall einer Urheberrechtsverletzung bekanntzugeben. Zugleich hat es festgestellt, dass über die Telefonnummer und die zugewiesene IP-Adresse keine Auskunft zu erteilen ist.

Die Klägerin ist eine deutsche Filmverwerterin. Sie besitzt die ausschließlichen Nutzungsrechte an zwei Filmen, die von drei verschiedenen Nutzern der Plattform YouTube öffentlich angeboten und jeweils mehrere tausendmal abgerufen wurden. Die Nutzer handelten unter einem Pseudonym.

Klägerin verlangte von You Tube und Google die Herausgabe der Klarnamen und der Postanschrift der Nutzer

Die Klägerin möchte diese Nutzer wegen der Verletzung ihrer Urheberrechte in Anspruch nehmen. Sie hatte deshalb zunächst von den beklagten Unternehmen YouTube und Google die Angabe der Klarnamen und der Postanschrift der Nutzer begehrt. Nachdem die Beklagten erklärt hatten, dass diese Angaben ihnen nicht vorlägen, verfolgt sie diesen Anspruch nicht weiter. Sie begehrt nunmehr noch Auskunft über die E-Mail Adressen, Telefonnummern und die IP-Adressen.

Das Landgericht hatte die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass kein Anspruch auf Bekanntgabe dieser Daten bestünde. Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerin.

Das OLG hat die Beklagten unter teilweiser Abänderung des angefochtenen Urteils verpflichtet, die E-Mail-Adressen bekanntzugeben. Die Telefonnummern und maßgeblichen IP-Adressen müssen dagegen auch nach Ansicht des OLG nicht mitgeteilt werden. [[LINK zum vollständigen Artikel](#)]



**Führungs-Akademie
des Deutschen Olympischen Sportbundes**
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

Tel. 0221/221 220 13
Fax: 0221/221 220 14
info@fuehrungs-akademie.de
www.fuehrungs-akademie.de